Kommentare

Berlins tödliches Spiel auf Zeit

Die Verweigerung der Leopard-Panzer ist enttäuschend



Christian Kerl, Europa-Korrespondent

Das ist eine schlechte Nachricht für die Ukraine. Und eine internationale Blamage für Deutschland. Der Westen verstärkt zwar seine Waffenhilfe - ausgerechnet für die dringend benötigten Kampfpanzer aber gibt es vorerst keine Zusagen, weil Kanzler Scholz weiter auf Zeit spielt. Dass Scholz lediglich ankündigen lässt, eine Prüfung von entbehrlichen Leopard-Beständen daheim werde jetzt beginnen, ist enttäuschend und unverfroren - als wäre dafür nicht Zeit genug gewesen. Dass der Kanzler aber sogar Bündnispartnern bis auf Weiteres die Genehmigung versagt, Leopard-Panzer in die Ukraine auszuführen: Das ist ein unfreundlicher Akt, der einen Riss in der Allianz provoziert.

Anfangs durfte man die Berliner Bremsmanöver noch als Zeichen der Besonnenheit verstehen, weil nicht auszuschließen war, dass Russland die neue Waffenhilfe als Eskalation, gar als westlichen Kriegseintritt werten könnte. Aber das hat der Kreml selbst entkräftet: Er spottet jetzt über die westlichen Panzer, die den russischen Vormarsch nicht werden stoppen können. Da dürfte sich Kriegsherr Putin allerdings irren.

Die Kampfpanzer sind zwar keine Wunderwaffen, mit denen die Ukraine die russische Armee aus allen besetzen Gebieten vertreiben kann. Sie könnte sich damit aber wohl der bevorstehenden russischen Großoffensive im Donbas erwehren.

Kein Sieg, aber auch keine Niederlage: Wenn das im Sommer auf ein militärisches Patt hinausläuft, wäre viel erreicht. Genau dafür benötigt die Ukraine zusätzliche Hilfe. Jetzt und nicht in fünf, sechs Monaten. Deshalb ist es ein schwerer strategischer Fehler, dass Scholz weiter auf Zeit spielt. Die Ukraine hat keine Zeit mehr.

Joch und

Berl all F Indu Hof neuc behe Deu deru

Herr

Ausl

kräfi Jörg lei: V dual schu Arbe dam und ben. rung es ni Kury

rigen

auf F

Wir scher mang nicht bildu Gastr Dien keite

Jan Dörner und Christian Unger

Berlin/Ramstein. Kurz bevor Boris Pistorius nahe der Flugfelder von Ramstein vor die Mikrofone tritt, meldet Russlands Regierung einen Erfolg: Es geht um die Ortschaft Klischtschijiwka. Ein Dorf, nur ein paar Straßen, Häuser, eine Kirche. Das Örtchen liegt im Süden der Stadt Bachmut. Eine der entscheidenden Schlachten in diesem Monat führt die Ukraine mit Russland derzeit genau dort. Moskaus Militärführung behauptet nun, "Sturmtruppen" hätten mit Hilfe der Luftwaffe den Ort "befreit".

Die Angaben lassen sich bisher nicht unabhängig überprüfen. Doch stimmt die Nachricht, ist Russlands Armee einen Schritt näher an der Einnahme der strategisch wichtigen Stadt Bachmut. Von dort aus könnte Russland die Offensive im Donbass steuern, die Ukraine massiv schwächen. Die Nachricht zu Klischtschijiwka ist ein Indiz dafür, wie sehr die Ukraine militärisch unter Druck steht. Wie sehr sie Waffen und Munition aus dem Westen benötigt. Wie eng es im Frühjahr für das Land werden kann. Aber die Blicke Deutschlands und der Welt gehen an diesem Freitag vor allem nach Ramstein, in die Westpfalz. Zu Boris Pistorius.

Der neue Verteidigungsminister redet nach dem Gipfel der 50 Ukraine-Verbündeten auf der US-Militärbasis schon einige Minuten vor den Kameras über die Unterstützung der Ukraine, die Deutschland weiter leisten werde. Über die "dramatische Lage" in dem Land angesichts

Riew muss weiter auf Leopard warten

Treffen der 50 Ukraine-Verbündeten in Ramstein bringt keine Einigung zu Lieferungen. Pistorius will Bestände überprüfen



Zwei Kampfpanzer der Bundeswehr vom Typ Leopard 2 bei einem Training in Munster, Niedersachsen.

---- DELITEDS / FARIAN BIMMER

her an der Einnahme der strategisch wichtigen Stadt Bachmut. Von dort aus könnte Russland die Offensive im Donbass steuern, die Ukraine massiv schwächen. Die Nachricht zu Klischtschijiwka ist ein Indiz dafür, wie sehr die Ukraine militärisch unter Druck steht. Wie sehr sie Waffen und Munition aus dem Westen benötigt. Wie eng es im Frühjahr für das Land werden kann. Aber die Blicke Deutschlands und der Welt gehen an diesem Freitag vor allem nach Ramstein, in die Westpfalz. Zu Boris Pistorius.

Der neue Verteidigungsminister redet nach dem Gipfel der 50 Ukraine-Verbündeten auf der US-Militärbasis schon einige Minuten vor den Kameras über die Unterstützung der Ukraine, die Deutschland weiter leisten werde. Über die "dramatische Lage" in dem Land angesichts der fortdauernden russischen Bombardements. Dann aber kommt Pistorius auf das Thema, auf das alle gewartet haben: Deutschland liefert derzeit keine Kampfpanzer vom Typ Leopard. Deutschland erteilt auch keine Genehmigung an andere Nato-Staaten, die einen Teil ihrer Leopard-Bestände an die Ukraine ausliefern wollen, aber dafür die vertraglich festgelegte Erlaubnis vom Herstellerland Deutschland benötigen. Bedeutet: Keine Kampfpanzer für die Ukraine. Vorerst, jedenfalls.

SPD-Politiker Pistorius sagt, dass es für die Lieferung der Panzer "kein einheitliches Meinungsbild" bei dem Treffen gegeben habe. "Der Eindruck, der gelegentlich entstanden ist, es gebe eine geschlossene Koalition und Deutschland stehe im Weg, dieser Eindruck ist falsch", sagt Pistorius. Hinter den Kulissen ringen die Regierungsvertreterinnen und -vertreter offenbar länger um die Frage der Panzer-Lieferungen – und kommen doch nicht zu



Zwei Kampfpanzer der Bundeswehr vom Typ Leopard 2 bei einem Training in Munster, Niedersachsen.

CLITERS / FARIAN RIMMER

Umfrage: Junge Deutsche gegen Panzerlieferung

Eine Lieferung von Leopard-Panzern an die Ukraine ist innerhalb der deutschen Bevölkerung umstritten. 46 Prozent der Befragten im **Deutschlandtrend** für das ARD-"Morgenmagazin" sprechen sich dafür aus, 43 Prozent sind dagegen, elf legen sich nicht fest. Große Unterschiede gibt es zwischen den Altersgruppen: 52 Prozent der 18- bis 34-Jährigen ist gegen eine Leopard-Entsendung, 37 Prozent sind dafür. Bei den

über 65-Jährigen lehnen dagegen nur 36 Prozent eine Lieferung ab, 52 Prozent befürworten

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch zwischen Ost und West. In den westlichen Bundesländern befürwortet laut Umfrage jeder zweite Befragte die Panzerlieferung (50:38 Prozent). Im Osten sind die meisten Befragten dagegen (32:59 Prozent). zrb/dpa



Verteidigungsminister Boris Pistorius (l.) mit seinen ukrainischen Kollegen Olexij Resnikow (r.) sowie US-Verteidigungsminister Lloyd Aus-

tin. HANNES P ALBERT/

nur Kampfpanzer, wenn das Nato- spräch mit unserer Redaktion die

te ist, dass die Bundesregierung jetzt den Partnerstaaten die Exportgenehmigungen für Leopard-Panzer erteilt." Ähnlich hatten sich andere ranghohe Politikerinnen und Politiker von Grünen und FDP geäußert. In der Ampelkoalition gibt es keine Einigkeit darüber, mit welchen Waffen und wie schnell die Ukraine unterstützt werden soll. Was SPD-Minister Pistorius ankündigt, ist die Prüfung des Bestandes an Panzern vom Typ Leopard, sowohl in der Bundeswehr als auch in der Rüstungsindustrie. Für den "Fall der Fälle", falls Deutschland doch Panzer an die Ukraine schicke. Die politische Entscheidung werde "so bald wie möglich getroffen", sagt Pistorius. Details nennt er nicht.

Was die Bundeswehr an Leopard-Beständen hat, ist jedoch recht klar. Das Verteidigungsministerium teilte auf Nachfrage mit, die Truppe verfüge über rund 320 Leopard-2-Panzer. Nicht alle sind einsatzbereit. Laut Medienberichten sind nur etwa 130 Fahrzeuge kampffähig. Und auch nicht alle davon kann die Bundeswehr ausliefern. Am Ende blieben nur ein gutes Dutzend Kampf-

1 test in Dichtung

Krauss-Maffei Wegmann können aktuell keine Leopard 2 liefern. Rheinmetall hat nach eigenen Angaben noch 22 Panzer vom Typ 2 und knapp 90 vom Typ 1. Doch bevor diese in die Ukraine gehen könnten, müssten sie erst instand gesetzt werden. Das dauert Monate.

Militärexperten und Nachrichtendienste erwarten schon in den ersten Frühjahrswochen eine erneute Offensive der russischen Armee in der Ukraine. Zugleich reichen die russischen Vorräte an Waffen und Munition noch für Monate des Krieges. Bei der ukrainischen Armee aber nehmen die Lager an Munition und Kriegsgerät dramatisch ab. Vor dem Gipfel in Ramstein hatte Präsident Wolodymyr Selenskyj an den Westen appelliert. "Die Zeit ist kritisch", sagte er. Russland ziehe seine Kräfte, seine letzten Kräfte zusammen. "Wir müssen schneller werden." Und an Deutschland gerichtet: Die Bundesregierung möge endlich Kampfpanzer liefern. "Die ukrainische Bevölkerung schaut auf uns. Der Kreml schaut auf uns. Und die Geschichte schaut auf uns. Also werden wir nicht nachlassen", sagt der US-Ver-